

## **Antwort der Fraktion Die Linke im Bundestag**

Sehr geehrte Dr. Martina Hillesheimer,

als Referentin für Bauen und Wohnen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag bedanke ich mich für Ihre E-Mail und Ihr Plädoyer für die Wiederherstellung des Vorkaufsrechts. Es ist gut, dass Sie den Weg gehen, die Ausschussmitglieder mit diesem Appell direkt zu kontaktieren.

Als die Linksfraktion im Januar den Gesetzesentwurf zur Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts im Bundestag eingebracht hat, haben wir das aus voller Überzeugung getan, da wir dieses für eines der wichtigsten kommunalen wohnungspolitischen Instrumente halten. Es gibt den Kommunen einen wesentlichen Aspekt kommunaler Souveränität über die Immobilien-, Grundstücks- und Mietpreise vor Ort.

Die Bundesregierung bzw. das neue Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Bauwesen verspricht seit Januar die gesetzliche Wiederherstellung des Vorkaufsrechts. Noch immer liegt ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung nicht vor. Es deutet darauf hin, dass es zwischen den Koalitionsparteien Differenzen gibt.

Um den Prozess zu beschleunigen und die Kommunen und auch die Mieter\*innen nicht weiter im Unklaren zu lassen, haben wir von der Fraktion DIE LINKE nun eine öffentliche Anhörung zu unserem Gesetzesentwurf im Bauausschuss durchgesetzt. Wir hoffen damit auch die Prozesse innerhalb des Ministeriums zu beschleunigen. Voraussichtlich wird diese Anhörung öffentlich stattfinden und online übertragen am 9. Mai 2022. Wir befinden uns derzeit in der Planung.

Ihre E-Mail ist deswegen so wichtig, weil sie verdeutlicht, dass nicht nur die großen Städte Berlin, München und Hamburg das Instrument nutzen, sondern dass auch Karlsruhe ein besonderes Interesse daran hat. Es verdeutlicht damit auch den Gegner\*innen des Vorkaufsrechts, dass die dringliche Wiederherstellung Unterstützung in der Breite der Bundesrepublik hat und dass auch das Instrument des Milieuschutzes per Erhaltungssatzung nun in weiteren Städten nutzbar gemacht wird. Das ist sehr erfreulich.

Ich danke Ihnen. Wir werden weiter für das kommunale Vorkaufsrecht kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Lorena Jonas